



Presse zum Thema
Sportministerkonferenz 2006 Bremen

SPORTWETTEN

Druck auf Vereine

Der Streit um Sportwetten gewinnt weiter an Schärfe. Während die Bundesländer bislang nur gegen die ihrer Ansicht nach illegalen privaten Wettanbieter vorgegangen sind, gibt es Pläne, nun auch Sportvereine, -verbände und -veranstalter unter Druck zu setzen, die mit diesen Firmen zusammenarbeiten. Die für Sport zuständigen Minister der Bundesländer werden sich in dieser Woche bei einem Treffen in Bremen voraussichtlich verpflichten, die finanzielle Förderung der betreffenden Sportorganisationen „zu überprüfen und gegebenenfalls zu reduzieren oder zu beenden“.

Von einem solchen Schritt betroffen wären wohl unter anderem die Sportarten Handball und Basketball, die derzeit massiv vom privaten Wettanbieter Bwin unterstützt werden.

Treffen der Sportminister

Doping und Wetten auf der Tagesordnung

„Maßnahmen zur Dopingbekämpfung im Sport“ und „Sportwetten“ lauten die Schwerpunktthemen für die Sitzung der Sportministerkonferenz, die am morgigen Donnerstag unter Vorsitz von Bürgermeister Thomas Röwekamp in Bremen beginnt. Die für den Sport verantwortlichen Minister und Senatoren aus den 16 Bundesländern treffen im Rahmen der zweitägigen Zusammenkunft hochrangige Vertreter des Sports. So haben sich unter anderem Adolf Ogi (Sonder-

berater von UNO-Generalsekretär Kofi Annan), Dr. Thomas Bach (Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes) und DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger angekündigt.

Bei der Frage nach effektiver Dopingbekämpfung sind intensive Diskussionen zu erwarten. Spannend bleibt das Thema „Sportwetten“. Weitgehend ungeklärt ist noch, wie die bisher aus Wettmitteln erfolgte Finanzierung des Sports fortgeführt und gesichert werden kann. (rl)

Kampf gegen Doping verschärfen

BREMEN (RUG). Während einige europäische Staaten den Sport mit einem eigenen Anti-Dopinggesetz bereits unterstützen, konnten sich in Deutschland Politiker und Sportverbände bislang nicht auf schärfere Maßnahmen gegen Doping einigen. Doch die jüngsten Vorfälle – Jan Ulrichs Verstrickungen im spanischen Dopingskandal sowie der positiv getestete diesjährige Tour-de-France-Sieger Floyd Landis – haben wieder Bewegung in die Angelegenheit gebracht. Heute und morgen treffen sich in Bremen die Sportminister unter dem Vorsitz von Thomas Röwekamp, um über die schnelle Einführung eines Anti-Doping-Gesetzes oder über andere Verschärfungen im bestehenden Strafgesetz zu beraten. Die Chancen, eine Einigung zu erzielen, stehen gut, zumal auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) mittlerweile von der Notwendigkeit überzeugt ist, gesetzlich gegen Doping vorgehen zu müssen.

DPA-Meldung, 21.09.06

Donnerstag, 21. September 2006, 15:27 Uhr (Niedersachsen, Politik)

Priorität : Dringend

Stichworte : Sportpolitik Bundesländer

(Zusammenfassung 1530)

Deutscher Olympischer Sportbund hält an Sportsgerichtsbarkeit fest

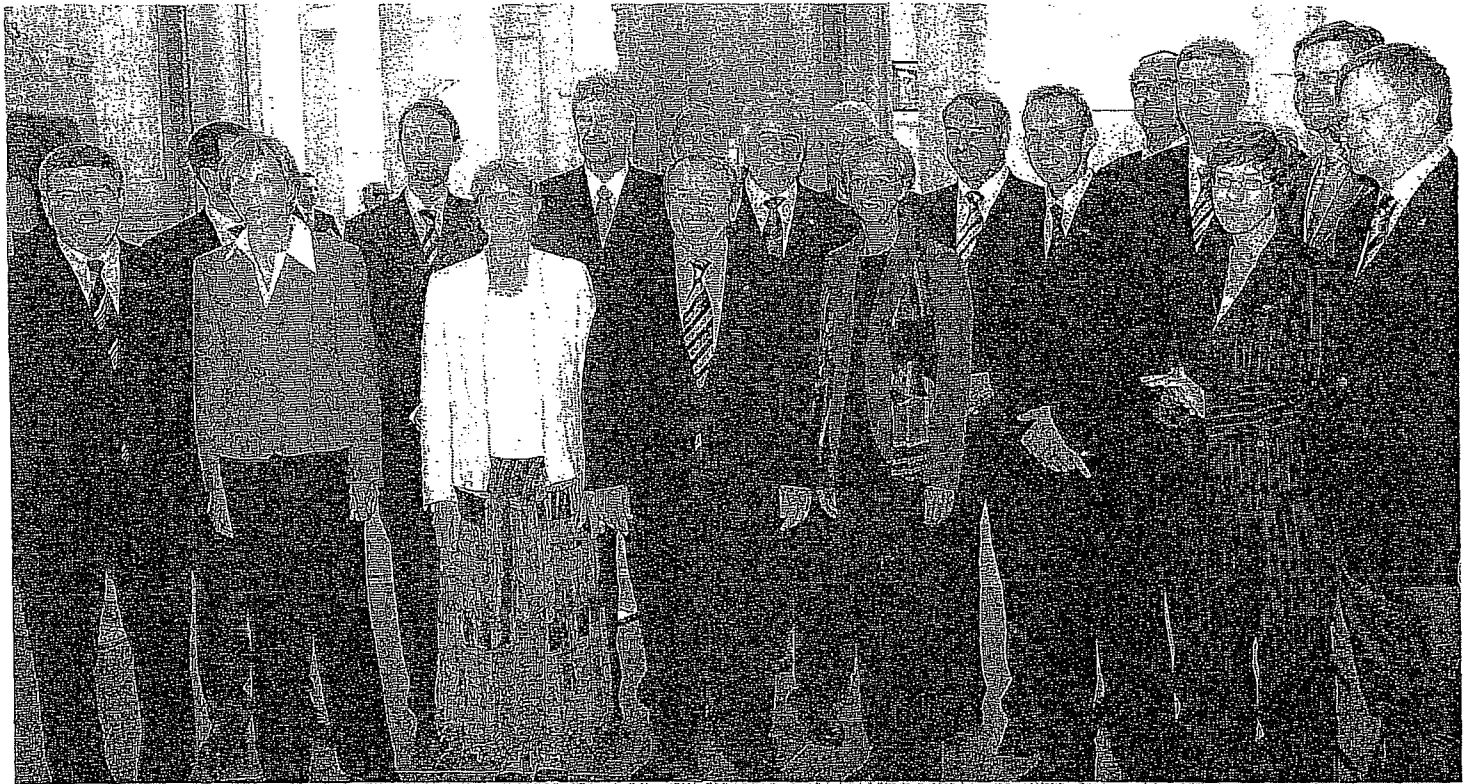
Bremen (dpa/lni) - Im Kampf gegen Doping im Sport hält der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) an der sportinternen Gerichtsbarkeit fest. Ein Gesetzesentwurf aus Bayern zur unmittelbaren Bestrafung von Dopingsündern treffe in weiten Teilen nicht seine Zustimmung, sagte der neue DOSB-Präsident Thomas Bach am Donnerstag vor Beginn der Sportministerkonferenz in Bremen. So sei etwa das Thema der allgemeinen Einführung eines Sportbetruges weder rechtlich haltbar noch zielführend. «Es ist uns nicht ganz einleuchtend, wie man die berühmte Schwalbe im Strafraum mit Gefängnis bedrohen kann», sagte Bach.

«Die Sportsgerichtsbarkeit bestraft den Athleten hart, effektiv und unmittelbar», begründete Bach. Dem Sportler müsse keine Schuld nachgewiesen werden, allein der Gebrauch von Dopingmitteln und der Nachweis im Körper führe zur Bestrafung. Staatliche Bestrafung könne dies nicht leisten. «Bei uns wird der Athlet sofort zwei Jahre mit Berufsverbot belegt», sagte Bach weiter. Staatliches Recht könne dies nicht leisten.

Der nordrhein-westfälische Innen- und Sportminister Ingo Wolf (FDP) forderte den schnellen bundesweiten Aufbau einer unabhängigen Schiedsgerichtsbarkeit. Die von den Sportorganisationen unabhängige Schiedsgerichtsbarkeit könne Verfahren schnell verhandeln, Rechtsstreitigkeiten sofort klären und Schiedssprüche von staatlichen Gerichten vollstrecken lassen. «Der Sport ist in erster Linie selbst verantwortlich für die Dopingbekämpfung», betonte Wolf.
dpa wö yyni hoe

Doping: Sportbund gegen Politiker

BREMEN (RUG). Seit gestern verhandeln die Sportminister unter Vorsitz von Bremens Senator Thomas Röwekamp vornehmlich über verschärfte Gesetzes-Maßnahmen im Kampf gegen Doping. Während die Politiker auch den gedopten Athleten strafrechtlich verfolgen wollen, hält der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) an der sport-internen Gerichtsbarkeit fest. Das betonte DOSB-Präsident Thomas Bach gestern vor Beginn der Beratungen mit den Ressortchefs in Bremen.



Die Mitglieder der Sportministerkonferenz sowie die Gäste Thomas Bach (links) und Ingeborg Rosenkötter (2. von links)

FOTOS: STOSS

Bach: Dopingsünder gehören vor Sportgericht

Sportbund-Präsident plädiert auch bei der Bremer Konferenz gegen eine strafrechtliche Verfolgung

Von unserer Redakteurin
Ruth Gerbracht

BREMEN. Von Dissonanzen war nichts zu spüren, als Thomas Bach, frisch gewählter Präsident des deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), gestern in Bremen eintraf, um an der Konferenz der Sportminister teilzunehmen. Allerdings machte er schon vor Beginn der Tagung klar, dass sich seine Position hinsichtlich eines möglichen Anti-Dopinggesetzes nicht verändert hat. „Ich bin nicht gegen ein Gesetz, sondern für Inhalte“, betonte der DOSB-Präsident entschieden, um gleich anzufügen, „dass der Sport zwar Vollstreckungsdefizite bei kriminellen Machenschaften hat, die Sportgerichtsbarkeit aber ansonsten effektiver funktionieren.“ Mit anderen Worten: Wird der Athlet erwischt, folgt sofort eine zweijährige Sperre. „Wir müssen uns in solchen Fällen nicht um einen Schuld- oder Unschulds-Beweis kümmern“, unterstrich Bach.

Wogegen sich Thomas Bach vor allem wehrt, ist das Thema der Besitzstrafbarkeit. Er möchte auf keinen Fall, dass ein Sportler strafrechtlich verfolgt wird, wenn er im Besitz von unerlaubten Dopingmitteln ist. Das machte er gestern vor der Sitzung erneut klar. In dieser Frage allerdings dürften die größten Differenzen zwischen den Sportpolitikern und dem DOSB-Vorsitzenden aufgetreten sein. Bremens Sportsenator Thomas Röwekamp hat im Vorfeld der Konferenz



Besteht auf der alleinigen Sportgerichtsbarkeit: Thomas Bach in Bremen. FOTO: STOSS

klargestellt, dass nicht allein Ärzte oder Betreuer zur Verantwortung gezogen werden müssen, sondern auch die Sportler. Warum sollte schließlich ein Athlet Dopingmittel be-

sitzen, wenn nicht deshalb, um sie auch einzuwerfen. „Der Sportler ist auf jeden Fall Täter“, steht für Röwekamp fest. Eine Einstellung, die wohl von den meisten Sportministern geteilt wird. Eine Einstellung, die es aus Sicht von Thomas Bach zu widerlegen gilt. So verweist Bach auf die neu gegründete DOSB-Facharbeitsgruppe zum Thema „Besitzbarkeit anaboler Steroide“. „Wir wollen klären, ob man staatliche neben sportliche Sanktionen setzen kann“, sagte Bach, der in der Vergangenheit immer betont hat, dass der Sport die Dopingprobleme im Griff habe.

Zu entscheiden hatte er gestern nichts, aber eine Empfehlung für ihre Beratungen wollte Adolf Ogi, Sonderberater für Sport von UNO-Generalsekretär Kofi Annan, den Sportministern in Bremen wohl auf den Weg geben. Immerhin sei man bei der UNESCO bereits weiter als in Deutschland. In der UNESCO-Petition wird der „Besitz von verbotenen Substanzen und verbotenen Methoden“ als Verstoß gegen die Bestimmungen der WADA (Internationale Anti-Dopingagentur) angesehen.

„Deutschland hat eine Vorbildfunktion in aller Welt. Und deshalb hoffe ich, dass auch hier der Kampf gegen Doping verschärft wird“, begrüßte der ehemalige Schweizer Bundespräsident Ogi die Teilnehmer der Sportministerkonferenz. Ob die Worte angekommen sind, werden die Ergebnisse, die heute vorgestellt werden, zeigen.

UNO-Berater bei Konferenz

BREMEN ■ Adolf Ogi, ehemaliger Schweizer Bundespräsident, ist ranghöchster Gast der 30. Sportministerkonferenz (SMK) in Bremen. Ogi ist heute Sport-Sonderberater des UNO-Generalsekretärs. „Friedensbemühungen bedürfen des Einsatzes sämtlicher uns zur Verfügung stehenden Mittel. Dazu gehört auch der Sport. Leider wird seine Rolle immer noch stark unterschätzt“, erklärte Ogi. Bremens Sportsenator Thomas Röwekamp (CDU) ist gegenwärtig SMK-Vorsitzender.

Die Schwalbe im Strafraum bedrohen

Bremen (dpa). Im Kampf gegen Doping hält der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) an der sportinternen Gerichtsbarkeit fest. Ein Gesetzentwurf aus Bayern zur unmittelbaren Bestrafung von Dopingtätern treffe größtenteils nicht seine Zustimmung, sagte DOSB-Präsident Thomas Bach gestern vor Beginn der Sportministerkonferenz in Bremen. So sei das Thema der allgemeinen Einführung eines Sportbetrugs weder rechtlich haltbar noch zielführend. Bach: „Es ist uns nicht ganz einleuchtend, wie man die berühmte Schwalbe im Strafraum mit Gefängnis bedrohen kann.“

„Die Sportgerichtsbarkeit bestraft den Athleten hart, effektiv und unmittelbar“, begründete Bach. Dem Sportler müsse keine Schuld nachgewiesen werden, allein der Gebrauch von Dopingmitteln und der Nachweis im Körper führe zur Bestrafung. Staatliches Recht könne dies nicht leisten. „Bei uns wird der Athlet sofort zwei Jahre mit Berufsverbot belegt“, sagte Bach.

Nordrhein-Westfalens Innen- und Sportminister Ingo Wolf (FDP) forderte den schnellen bundesweiten Aufbau einer unabhängigen Schiedsgerichtsbarkeit. Die von den Sportorganisationen unabhängige Schiedsgerichtsbarkeit könne Verfahren schnell verhandeln, Streitigkeiten klären und Schiedssprüche von staatlichen Gerichten vollstrecken lassen. „Der Sport ist dafür in erster Linie selbst verantwortlich“, betonte er.

Bayerische Anti-Doping-Initiative

Bach und Thiel machen Front

FRANKFURT (dpa/re.). Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) zieht vor der Vorstellung des bayerischen Gesetzentwurfs zum Anti-Doping-Kampf im Bundesrat, die für diesen Freitag auf der Tagesordnung steht, noch einmal alle Register. DOSB-Präsident Thomas Bach sagte am Donnerstag, die Einführung des Straftatbestandes „Sportbetrug“, wie in der Initiative vorgesehen, halte er weder für rechtlich haltbar noch für zielführend. „Es ist uns nicht ganz einleuchtend, wie man die berühmte Schwalbe im Strafraum mit Gefängnis bedrohen kann“, pointierte Rechtsanwalt Bach seine Einschätzung unmittelbar vor der Sportministerkonferenz in Bremen. Bach bezieht sich darauf, daß „Sportbetrug“ wohl nicht, wie von Bayern vorgeschlagen, nur auf Doping zur Erlangung eines Vermögensvorteils beschränkt werden könnte. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte gegenüber dieser Zeitung diese Einschätzung in einer Frage formuliert: „Warum sollte ein Betrug nur strafbar sein, wenn bestimmte Methoden angewandt werden?“ Bach betonte noch einmal, daß die Sportgerichtsbarkeit im Gegensatz zu einem ordentlichen Gericht dem Sportler keine Schuld nachweisen müsse, um ihn zu bestrafen. In der bayerischen Gesetzesinitiative soll „Sportbetrug“ in schweren Fällen mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet werden. Der Besitz von Dopingmitteln soll mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden können.

Auch die deutsche Schwimmpräsidentin Christa Thiel hat den Entwurf der Bayerischen Staatsregierung kritisiert. „Der Gesetzentwurf enthält Regelungen, die verfassungsrechtlich bedenklich sind“, erklärte die Rechtsanwältin aus Wiesbaden, die eine Facharbeitsgruppe des DOSB zum Thema „Besitzstrafbarkeit anaboler Steroide“ leitet. Zum Thema Sportbetrug wird Christa Thiel im Pressedienst des DOSB folgendermaßen zitiert: „Die Regelungen sind als Tatbestand nach dem Gesetzentwurf nur für den sehr kleinen Kreis der Berufssportler verfaßt.“ Damit werde eine marginale Gruppe der sporttreibenden Bevölkerung selektiert und ein Spezialgesetz auf den Weg gebracht. An diesem Punkt macht Christa Thiel ihre verfassungsrechtlichen Bedenken fest.

Die Sportfunktionärin bemängelte, daß der Begriff der „Besitzstrafbarkeit“ von falschen Annahmen ausgehe. In den meisten Fällen besäßen die Dopingstücker keine verbotenen Mittel. Da sie exakt dosiert und mit anderen Präparaten abgestimmt werden müßten, seien die Mittel bei Ärzten, biochemischen Experten und anderswo vorrätig. Zudem kritisiert sie, daß der bayerische Entwurf die Auswirkungen auf das Sportrecht nicht berücksichtige.

Im gleichen Pressedienst wird auch der Sportrechtler Richard B. Eimer zitiert, der die Einführung eines Besitz-Straftatbestandes für problematisch hält. Hierbei handele es sich mit Blick auf das Betäubungsmittelgesetz um einen „Vorgang tatähnlicher Art“. Danach sei der Besitz von Drogen zwar strafbewehrt, allerdings könnten Gericht und Staatsanwaltschaft von einer Bestrafung absehen, wenn der Täter die Betäubungsmittel „lediglich zum Eigenverbrauch in geringer Menge“ besitze. Es wäre eine Verletzung des Gleichheitsprinzips, so Eimer, wenn in einem Anti-Doping-Gesetz die Bestimmungen viel schärfer wären.

Drei Millionen Euro für den DOSB

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) darf sich über eine kräftige Finanzspritze vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL) freuen. Die neue Dachorganisation des deutschen Sports erhält drei Millionen Euro aus dem bei der Fußball-Weltmeisterschaft erzielten Gewinn, teilte der DFB mit. DFB-Chef Theo Zwanziger wird DOSB-Präsident Thomas Bach bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Landessportbundes Rheinland-Pfalz am Samstag in Mainz einen Scheck in der entsprechenden Höhe überreichen. „DFB und DFL sind sich ihrer gemeinnützigen Verantwortung bewusst, und daher ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir einen Teil des Gewinns an den DOSB geben“, begründete Zwanziger die finanzielle Zuwendung.

BELAUERT



Vespers neues Reich

Kanzler war Dr. rer. soc. Michael Vesper noch nicht, aber sonst fast alles, was die Politik einem Grünen an höheren Ämtern bieten konnte. Das ändert sich demnächst. Dann tritt er – von der Wiege an gezählt – nach 64 Jahren von der Politik zurück und wird Kanzler aller 27 Millionen organisierten Sportler hierzulande. Zehn Prozent davon leisten jährlich 500 Millionen Stunden Dienst an den restlichen 90, überwiegend für weniger als einen Apfel und ein Ei.

Ein phantastischer Haufen. Er kommt daher in 90 000 Vereinen, gebündelt in 16 Landessportbünden und 33 olympischen sowie 27 nichtolympischen Spitzenverbänden. Hinzu noch 19 Sportverbände mit besonderen Aufgaben. Dort sind beispielsweise die ganzen olympischen Rechtfertigungen angesiedelt, also philosophische, soziale, ethische, ökologische, philatelistische, wissenschaftliche, sogar archäologische. Nicht zuletzt, aber erschwerend zählen noch zwei IOC- und 15 persönliche Mitglieder dazu.

All diese Unterorganisationen bevölkern im neuen Reich von Herrn Vesper nun Präsidium, Ausschüsse, Beiräte, ständige Konferenzen, gar eine Frauen-Vollversammlung. Und dass solche Gremien wiederum keine Untergremien hätten, wäre ein Wunder. Es ist gelungen, dem DOSB 26 Aufgaben in die Satzung zu schreiben. Los geht es mit der „Förderung einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung im Sport“ und endet mit der „Verleihung des Deutschen Sportabzeichens“. Da wird sich das grüne Urgestein hoffentlich nicht zu sehr auf sein gemütliches Pöstchen als Landesminister für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport zurücksehen, vom derzeitigen Job als einer der Landtagsvizepräsidenten ganz zu schweigen. Der Jüngste ist er schließlich nicht mehr. Aber er ist Kölner, das macht ihn gut zehn Jahre jünger.

Seine Vita weist ihn als Macher von Kindesbeinen an aus. Promoviert hat er über die Einbindung der Homelands Namibias in das kapitalistische Weltssystem. Genau so einen brauchen wir im DOSB. Gut versorgt ist er obendrein. Da werden wir ihn uns sogar leisten können. Unseren moralischen Ansprüchen genügt er spielend, er hat vier Kinder von einer Frau, und nach dem dritten hat er sie glatt geheiratet. Das rechne ich ihm besonders hoch an. Wie lautet ein hohes Lob im Sport? Richtig: „Der Junge knieft offenbar vor nichts!“

Martin Lauer

Unabhängige Gerichte gegen Doping

Berlin – Im Kampf gegen Doping hat NRW-Innen- und Sportminister Ingo Wolf (FDP) den schnellen bundesweiten Aufbau einer unabhängigen Schiedsgerichtsbarkeit gefordert. „Damit können wir Dopingvergehen deutlich besser bekämpfen“, sagte er. Die von den Sportorganisationen unabhängige Schiedsgerichtsbarkeit könne Verfahren schnell verhandeln, Rechtsstreitigkeiten sofort abschließend klären und Schiedssprüche von staatlichen Gerichten vollstrecken lassen. Wolf fordert zudem, den gewerbs- und bandenmäßigen Handel mit Arzneimitteln zu Dopingzwecken intensiver zu verfolgen. Auch solle geprüft werden, den Besitz von Dopingmitteln unter Strafe zu stellen beziehungsweise einen „Sport-Betrugstatbestand“ im Hinblick auf Dopingvergehen zu schaffen. *MLU*

AP-Meldung, 22.09.06

Sportminister wollen weiter gegen Doping kämpfen

¶ Bremen (AP) Die Sportminister der Länder wollen im Kampf gegen Dopingmissbrauch nicht nachlassen. Es bestehe weitgehende Einigkeit darüber, Doping im Sport zu ächten, hieß es in einer Mitteilung vom Freitag. Entsprechende Initiativen würden nun intensiv abgearbeitet. Zudem betonten die Sportminister die Bedeutung von Toto- und Lottoerträgen zur Finanzierung des Breitensports und anderer gemeinnütziger Zwecke.

¶ Die Sportminister hatten sich den Angaben zufolge bereits am Donnerstag zu ihrer zweitägigen Sitzung getroffen. Zu den Themen gehörten neben Doping und der Zukunft der Sportwetten auch Studien zu gesellschaftlichen Bedeutung des Sports.

Doping: Noch keine Einigung

BREMEN (RUG). Auch nach der zweitägigen Sportministerkonferenz unter dem Vorsitz von Bremens Sportsenator Thomas Röwekamp sind sich die Politiker und der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), Thomas Bach, uneins darüber, ob der Besitz von Dopingmitteln strafrechtlich verfolgt werden soll. Eine Kommission des DOSB beschäftigt sich zurzeit mit der Frage, inwieweit der Staat und die Sportgerichte parallel gegen Dopingsünder vorgehen können. Die Ergebnisse sollen im Bundestag beraten werden.

„Es geht nicht mehr um Pillen zum Einwerfen“ Sportbund-Präsident Bach will bei Dopingvergehen nur die Hintermänner gesetzlich verfolgen lassen

Von unserer Redakteurin
Ruth Garbracht

BREMEN. Es bleibt dabei – die strittigen Positionen haben sich auch nach zweitägiger Beratung nicht angenähert. Thomas Bach, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), will die Bestrafung von Dopingverstößen allein durch die Sportgerichte durchführen lassen. „Es geht nicht mehr darum, dass ein Sportler irgendwelche Pillen hat, um sie schließlich einzuwerfen. Es geht nicht um die Frage des Besitzes. Die hat man vor zehn Jahren gestellt“, meinte Thomas Bach gestern in Bremen. Vielmehr würden Sportler heute „wissenschaftlich bis an die Grenzen gedopt. Es sind die Hintermänner, auf die wir uns fokussieren müssen“.

Bremens Bürgermeister Thomas Röwekamp, Vorsitzender der Sportminister-Konferenz, blieb hingegen bei seiner Forderung, den „Besitz von Dopingmitteln strafrechtlich zu verfolgen“. Dabei gehe es ihm um eine Regelung für alle Bürger. „Wer im Besitz von illegalen Substanzen ist, müsse bestraft werden, egal ob Spitzensportler oder Besucher von Fitnessstudios“, Schließ-

lich geht es bei diesem Thema auch um unsere Volksgesundheit“, betonte Röwekamp. Eine verschärfte Gesetzesänderung könne allerdings nur „im Schulterschluss mit dem Sportfunktionären“, betonte der Bremer Senator, um Harmonie bemüht, zum Abschluss der Beratungen.

Um diese Gemeinsamkeit nicht zu gefährden, wird mit einer Entscheidung über weitere gesetzliche Maßnahmen zur Dopingbekämpfung noch einmal abgewartet. Der DOSB hatte erst vor wenigen Wochen eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich – wie Bach unterstrich – aus Juristen und Sportfunktionären zusammensetzt. „Sie sollen klären, wie praktikabel sportliche und staatliche Sanktionen nebeneinander funktionieren können.“

Ende Oktober, spätestens Anfang November will diese Kommission einen Bericht abliefern, der in die parlamentarischen Ausschüsse zur Anhörung geht. Dort wird auch der Antrag der bayerischen Landesregierung nach einem eigenen Gesetz für „Sportbetrug“ behandelt. Ein Vorstoß, für den Thomas Bach überhaupt kein Verständnis zeigt. „Solch ein Gesetz ist nicht halbbar. Dann

müsste auch die Schwalbe im Strafraum strafrechtlich verfolgt werden.“ Mit dieser Haltung steht Bach nicht allein. Auch Christoph Bergner, Staatssekretär im Bundesinnenministerium und ebenfalls Gast bei der Sportministerkonferenz, versprach gestern, dass es ein solches Gesetz nicht geben würde.

Während die Teilnehmer der Bremer Sportminister-Konferenz sich in den wesentlichen Punkten der geplanten Anti-Doping-Maßnahmen aber einig waren, verabschiedete pikanteserweise gestern Nachmittag das Präsidium des Deutschen Leichtathletikverbandes (DLV) ein Grundsatzpapier zur Dopingbekämpfung. Darin ist unter anderem die Notwendigkeit eines Anti-Doping-Gesetzes formuliert worden. „Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Sport nur durch erweiterte staatliche Verbote, insbesondere auch in Richtung der Spieler, ausreichend geschützt werden kann“, widersprach DLV-Präsident Clemens Prokop, der ebenfalls zum Vorstand des DOSB gehört, seinem Präsidenten Bach. Offenkundigbedarf es noch einer einheitlichen Linie innerhalb des Sports.



Debatte über schärfere Gesetze zur Dopingbekämpfung

Sie wissen, was sie tun

Ruth Gerbracht

Spätestens die jüngsten Affären um die Radprofis Jan Ullrich und Tour-de-France-Sieger Floyd Landis haben Sportverbände und Politiker aufgeschreckt beim Kampf gegen Doping endlich eine härtere Gangart einzulegen. Manipulation und Betrug dürfen schon allein aus Gründen der Vorbildfunktion nicht zum alltäglichen Handeln des Sports gehören. Doch nicht allein der Profisport muss mit strengeren Gesetzen geschützt werden. Auch im sportlichen Alltag boomt der Handel mit Anabolika und Steroiden. Deshalb verdient der Vorstoß des Bremer Sportsenators Respekt, einen Besitzstrafbestand einzuführen, der alle Bürger gesetzlich verfolgt, die illegale Dopingmittel besitzen.

Unverständlich dagegen, dass der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes sich gegen dieses Vorhaben so vehement sträubt und lediglich die Hintermänner bei kriminellen Dopingvergehen strafrechtlich verfolgen lassen will. Möglicherweise treibt ihn die Sorge um die Unabhängigkeit des Sports und der Sportgerichte. Da-

ber schließen eine staatliche Strafe und eine Sperre durch ein Sportgericht einander überhaupt nicht aus. Da braucht es keine neu installierte Kommission, die das erst untersuchen muss.

Vielleicht hat der Widerstand auch damit zu tun, dass ein ehemaliger Leistungssportler wie Thomas Bach die Athleten vor einer möglichen Kriminalisierung schützen möchte. Er betrachtet Profisportler mehr als Opfer denn als Täter. Eine falsche Sichtweise – denn bei den meisten Dopingsündern handelt es sich nicht um Kinder, die nicht wissen, was sie einnehmen. Es geht um erwachsene Prois, denen man nicht so einfach eine Bluttransfusion unterschiebt, wenn sie nicht selbst wollen.

Deshalb hat Bremens Sportsenator Rowe kamprecht, wenn er gedopte Sportler als Täter bezeichnet, die für ihr Handeln selbst verantwortlich sind. Diese Tatsache sollte für Politiker und Sportverbände Grund genug sein, sich schnellstens auf einen gemeinsamen Nenner zu verständigen, um den Kampf gegen Doping zu verschärfen.

Ist Doping bald „Sportbetrug“?

Sportministerkonferenz: Übeltäter in den Laboren aufspüren

Bremen (yvo). Der Kampf gegen Doping war eines der großen Themen der zweitägigen 30. Sportministerkonferenz, die gestern in Bremen zu Ende ging.

Wenn es darum geht, den Sport dopingfrei zu halten, ziehen der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und die Sportministerkonferenz an einem Strang. „Es besteht weitgehend Einigkeit darin, Doping im Sport zu achten“, sagt der Bremer Innen- und Sportsenator Thomas Röwekamp.

Möglicherweise stehen Doping-sünder und Dopingmittelbesitzer bald vor dem Staatsanwalt. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Fachleuten vom internationalen Schiedsgericht, Landessportbund

und Anti-Doping-Agenturen, sollte prüfen, ob der Gebrauch und Besitz von Dopingmitteln strafbar werden soll. Das Land Bayern schlägt ein Anti-Doping-Gesetz vor. Die Gesetzesinitiative sieht vor, dass der Besitz von Dopingmitteln strafbar wird. Zudem soll sich ein Sportler strafbar machen, wenn er bei einem Wettkampf gedopt ist, um Prämien zu gewinnen.

Der angeregte Straftatbestand „Sportbetrug“ stieß auf wenig Gegenliebe. „Wir plädieren für juristisch machbare und wirkungsvolle Maßnahmen“, so DOSB-Präsident Dr. Thomas Bach. Die Einführung des Straftatbestands Sportbetrug sei rechtlich problematisch und nicht zielführend, so Bach.

Auch Thomas Röwekamp be-

tonte, dass Wettbewerbsmanipulationen wegen der Sanktionsinstrumenten des Sports unterliegen müssten. „Es ist unser Interesse, dass staatsanwaltschaftliche Ermittlungen den Sport nicht behindern“, so Röwekamp. DOSB-Präsident Dr. Thomas Bach geht es vor allem um die Übeltäter in den Laboren. „Wir müssen an die Hintertümmer heran“.

Die Sportminister haben das staatliche Glücksspielmonopol bekräftigt. Sie betonten die Bedeutung von Foto- und Lotterieträgen zur Finanzierung des Breitensports und anderer gemeinnütziger Zwecke. Die Minister begrüßten das Votum aller Ministerpräsidenten, am staatlichen Glücksspielmonopol festhalten zu wollen.

Röwekamp ehrt WYC für 100 Jahre

Bremerhaven/Bremen (flo). Innensenator Thomas Röwekamp (CDU) hat als Vorsitzender der Sportministerkonferenz der Länder in Bremen den Weser-Yacht-Club (WYC) für sein 100-jähriges Bestehen geehrt. Er überreichte dem Vereinsvorstand die Sportplakette des Bundespräsidenten. Diese wurde 1984 von Karl Carstens gestiftet und wird an Turn- und Sportvereine verliehen, die sich durch langjährige Arbeit Verdienste um den Sport erworben haben.

Minister für Monopol

BREMEN (kuz) - Zwei Tage dauerte die Sportministerkonferenz (SMK), dann zog Bürgermeister und Sportsenator Thomas Röwekamp (CDU) Bilanz: „Wir haben mit vielen konkreten Beschlüssen unsere sportpolitischen Positionen verdeutlicht.“ Der Bremer Politiker ist Vorsitzender der Konferenz. Im Mittelpunkt der Jahrestagung standen die umstrittenen Sportwetten, härtere Maßnahmen gegen Doping, Studien zur gesellschaftlichen Bedeutung des Sports. Die Sportminister der Bundesländer halten am staatlichen Glücksspielmonopol fest. Gegen illegale Anbieter von Sportwetten und deren Werbung müsse nach einheitlichen Maßstäben umfassend, konsequent und koordiniert vorgegangen werden, forderten die Politiker. „Das Vorgehen des Staates richtet sich ausdrücklich nicht gegen den Sport oder einzelne Vereine, die mit illegalen Wettanbietern als Werbepartner aufgetreten sind“, sagte Röwekamp, „sondern dient der Begrenzung und Bekämpfung der Spielsucht und des illegalen Glücksspiels.“ Besonders hervorgehoben wurde „die Bedeutung von Toto- und Lottoerträgen zur Finanzierung des Breitensports“.

Anti-Doping-Gesetz

Länderminister auf DOSB-Linie

mit. BERLIN. Bayern hat am Freitag den Antrag für sein Gesetz zur Bekämpfung des Dopings im Sport in den Bundesrat eingebracht. Beate Merk, Justizministerin des Freistaates, sagte in Berlin: „Es ist Aufgabe des Staates, Grundwerte für das gesellschaftliche Zusammenleben notfalls auch mit strafrechtlichen Mitteln zu schützen. Der faire Sport vermittelt solche Grundwerte. Im Sport ist mittlerweile ein Stadium erreicht, das ein Eingreifen des Staates dringend notwendig macht.“

Die für den Sport zuständigen Landesminister lehnten derweil auf der Sportministerkonferenz in Bremen diesen Entwurf einhellig ab – mit Ausnahme von Bayern. Das Gesetz fußt auf dem neu zu schaffenden Straftatbestand des Sportbetruges. Die Landesminister begrüßten die Vorstellungen des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zur Dopingbekämpfung. Er sei sehr zufrieden mit dem Verlauf der „beeindruckend sachlichen Diskussion und der klaren Unterstützung des DOSB-Maßnahmenkataloges“, sagte DOSB-Präsident Thomas Bach. Staatssekretär Christoph Bergner aus dem Bundesinnenministerium sprach in Bremen von einem Schlußstreifen zwischen Politik und Sport. Die Konferenz begrüßte die Einrichtung der Expertengruppe des DOSB unter Leitung von Christa Thiel, die klären soll, wie die Aufnahme der Besitzbarkeit anaboler Steroide ins Strafgesetz sich mit der internationalen Sportgerichtsbarkeit vereinbaren läßt. Die Politik werde nicht gegen den Sport entscheiden, sagte der Bremer Senator Thomas Röwekamp in seiner Funktion als Vorsitzender der Konferenz. Auch Bach und der in der Bundesregierung für den Sport zuständige Innenminister Wolfgang Schäuble lehnen den Tatbestand des Sportbetruges ab.

Der Deutsche Leichtathletikverband, dessen Präsident Clemens Prokop zu den Verfassern des bayerischen Gesetzentwurfs gehört, meldete sich am Freitag mit der Forderung nach einem Anti-Doping-Gesetz zu Wort. Prokop sagte: „Die Akzeptanz von Doping nimmt dem Sport seine kulturelle Berechtigung. Sie verwandelt den geregelten Wettkampf in Betrug am Gegner und korrumpiert die Idee des Leistungssports.“ Ohne glaubwürdige und effiziente Bekämpfung des Dopings werde der Sport keine Zukunft haben.

Bayern schlägt neben dem umstrittenen Sportbetrug auch die Strafbarkeit des Besitzes von Dopingmitteln – verbunden mit der Möglichkeit der Telefonüberwachung – sowie eine Kronzeugenregelung vor. Bei nachgewiesenem Sportbetrug soll das gewonnene Vermögen eingezogen werden; Handel mit Dopingmitteln soll mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden können.

„Wir wollen den Sport und die Sportgerichtsbarkeit durch eine Verbesserung des straf- und strafverfahrensrechtlichen Instrumentariums effektiv unterstützen“, sagte Landesjustizministerin Merk in Berlin und versprach einen Meilenstein im Kampf für sauberen Sport. Den Einwand, das Gesetz kriminalisiere Sportler, bestritt sie. „Der Sportler ist es, der Dopingmittel und Dopingmethoden anwendet“, sagte sie. Er sei deshalb eine Zentralgestalt des Geschehens. Wollte man effektiv gegen Doping vorgehen, dürfe man diese strafrechtlich nicht ausblenden. Für den Tatbestand des Betruges durch Doping argumentierte sie: „Der dopende Sportler schädigt nicht nur seine Konkurrenten, sondern auch seine Arbeitgeber, Sponsoren, sonstige Förderer und nicht zuletzt den Zuschauer, der im Glauben an einen fairen Wettkampf Eintrittsgeld bezahlt.“

Der Sportausschuß des Deutschen Bundestages hat für kommenden Mittwoch zu einer öffentlichen Anhörung zu Doping und den Möglichkeiten eines Gesetzes eingeladen.

Senatoren fordern Blutprofile

Die Sportministerkonferenz verabschiedet ihren Maßnahmenkatalog zur Dopingbekämpfung

BERLIN. Mehr als zwanzig Jahre wird im deutschen Sport bereits über Doping diskutiert: über Kontrollen, Prävention und Maßnahmen gegen den vorsätzlichen Wettkampfbetrug. Innerhalb der letzten zwölf Monate habe man beim Thema Dopingmissbrauch „eine wachsende öffentliche und politische Sensibilisierung festgestellt“, sagt Bremens Innensenator Thomas Röwekamp, der Vorsitzende der Sportministerkonferenz. Nach dem Bekanntwerden der Dopingvorwürfe gegen den Rad-Olympiasieger Jan Ullrich hat Bayern einen strengen Gesetzesentwurf erarbeitet, der seit Freitag im Bundesrat beraten wird. Über härtere Maßnahmen diskutierte am Freitag auch die Sportministerkonferenz (SMK) mit Vertretern des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) in Bremen. Die Analysen der SMK bieten ein detailliertes Bild der aktuellen Problematik in Deutschland. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Dopingbeschlüsse der Sportministerkonferenz zu dokumentieren.

1. Die Sportministerkonferenz begrüßt den Maßnahmenkatalog des DOSB-Präsidiums vom 15. August 2006 und die aktuellen Vorschläge des Bundesinnenministers zur Dopingbekämpfung. (...)

2. Die Sportministerkonferenz begrüßt darüber hinaus, dass in der Arbeitsgruppe Besitzstrafbarkeit des DOSB als auch im Bundesrat im Zusammenhang mit dem Entwurf der Bayerischen Staatsregierung für ein Antidopinggesetz geprüft werden soll, ob der Gebrauch und Besitz von Dopingmitteln strafbar sein soll. Maßstab der Prüfung muss sein, ob

es möglich ist, das Nebeneinander von Besitzstrafbarkeit des Sportlers und der Verbandssanktionen so zu gestalten, dass Maßnahmen gegen Doping auch tatsächlich zügig und wirksam erfolgen können.

3. Die Sportministerkonferenz bittet die Gesundheitsministerkonferenz und die Justizministerkonferenz, ihren Beitrag zur Umsetzung der Beschlüsse der Sportministerkonferenz umgehend zu realisieren, damit Maßnahmen zur Dopingprävention sowie staatliche Ermittlungen und Verfolgungen verbessert werden können.

4. Die Sportministerkonferenz erneuert ihre Forderung, Sportverbänden, die eine lückenlose Umsetzung der Vereinbarungen zum Nada-Code nicht nachweisen können, Sportfördermittel durch Bund und Länder zu entziehen.

5. Die Nada ist aufgefordert, unabhängig vom Verhalten der Spitzenverbände des Sports, bei Vorliegen eines dopingrelevanten Straftatverdachts die zuständige Staatsanwaltschaft zu informieren.

6. Die Sportministerkonferenz fordert eine Verbesserung der Finanzierungsgrundlagen der Nationalen Anti-Doping-Agentur zur Sicherung ihrer zentralen Aufgaben. Die Finanzierung der Nada sollte an eine dauerhafte Finanzierungsquelle gebunden werden.

7. Die Sportministerkonferenz fordert die Sportverbände auf, die eigenen Anstrengungen zur Dopingbekämpfung auszubauen. Dabei sind u.a. folgende Maßnahmen in Betracht zu ziehen:

Schaffung von Verantwortlichen

für Anti-Doping-Fragen auf den Entscheidungsebenen (Präsidium, Vorstand etc.) der Verbände mit Einfluss, Sitz und Stimme.

Die dokumentierte Aufklärung der Aktiven durch die Verbände im Hinblick auf die Liste der verbotenen Substanzen und Methoden sowie auf spezielle Risiken im Zusammenhang mit der Einnahme von Dopingmitteln und Substanzen wie Nahrungsergänzungsmittel.

Ausbau der Vermittlung ausreichender Kenntnisse über Doping und die damit verbundenen Folgen in der Aus- und Fortbildungsverantwortung der Verbände, insb. gegenüber Trainern und Übungsleitern.

Einführung von DNA- und Blutprobenprofilen unter Anwendung datenschutzrechtlicher Auflagen.

Unterstützung zum Aufbau einer unabhängigen Schiedsgerichtsbarkeit.

Herstellung von Transparenz durch die Sportler über ihre Umfeldbeziehungen (Trainer/Betreuer, Mediziner, etc.) gegenüber dem zuständigen Fachverband.

8. Die SMK begrüßt die Initiativen verschiedener Organisationen, sich mit der Dopingvergangenheit auseinander zu setzen und Maßnahmen zu ergreifen, bestehende Rekorde, die nachweislich unter Nutzung von dopingrelevanten Substanzen und Methoden zustande gekommen sind, neu zu bewerten. Der DOSB wird gebeten zu prüfen, ob ein einheitliches Vorgehen der Spitzenverbände bei der Neubewertung bestehender Rekorde möglich ist und sinnvoll erscheint, und ob für dieses Thema internationaler Regelungsbedarf besteht. (BLZ)

Sportminister wollen alleine spielen

Die gestern in Bremen aktive Deutsche Sportministerkonferenz hat das staatliche Glücksspielmonopol bestätigt. Nur so ließen sich die negativen Folgen der Spielsucht begrenzen, erklärte der derzeitige Vorsitzende, Sportsenator Thomas Röwekamp. Das Vorgehen des Staates richte sich ausdrücklich nicht gegen einzelne Vereine, die mit den illegalen privaten Wettanbietern als Sponsoren aufgetreten sind. „Werder Bremen“ ist mit dem Internet-Wettanbieter „bwin“ liiert. Derweil erklärte die Bremer Toto-Lotto-Gesellschaft, entgegen ersten Ankündigungen nicht gegen „Werder“ wegen der modifizierten Trikotaufschrift „We win“ klagen zu wollen. Solche Trikots trägt „Werder“ beim heutigen Auswärtsspiel beim Hamburger HSV.

Sportministerkonferenz in Bremen beendet

Gemeinsam gegen Doping

BREMEN. Der Kampf gegen Doping und die Zukunft der Sportwetten standen im Zentrum der Sportministerkonferenz (SMK) der Länder. Am Freitag ist die zweitägige Konferenz unter Vorsitz des Bremer Innen- und Sportsenators Thomas Röwekamp (CDU) in der Hansestadt mit zahlreichen Beschlüssen zu Ende gegangen.

Im zentralen Tagungspunkt, der Zukunft der Sportwetten, haben sich die Minister einstimmig für den Erhalt des staatlichen Wettmonopols ausgesprochen. Dies diene der Begrenzung und Bekämpfung der Spielsucht und des illegalen Glücksspiels, betonte Röwekamp. Das Vorgehen des Staates richte sich ausdrücklich nicht gegen den Sport oder einzelne Vereine, die mit illegalen Wettanbietern als Werbepartner aufgetreten sind, so Röwekamp weiter. Zudem verwies er auf die Bedeutung der Toto- und Lottoerträge zur Finanzierung des Breitensports. Private Wettanbieter verfolgten hinge-

gen rein privatwirtschaftliche Ziele, sagte Röwekamp weiter.

Breite Übereinstimmung herrschte darin, härtere Maßnahmen im Kampf gegen Doping einzuleiten. Damit gehe die SMK mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und seiner Null-Toleranz-Politik konform, zeigte sich DOSB-Präsident Thomas Bach zufrieden. Offen geblieben sei aber die Frage, wie man künftig den Besitz von Dopingmitteln juristisch behandeln wolle. So schlägt das Land Bayern vor, dafür eigens den Straftatbestand des Sportbetrugs einführen. Um hier zu einer Lösung zu kommen, werde eine Arbeitsgruppe gegründet.

Röwekamp warb in diesem Kontext für eine Vereinbarkeit von Straf- und Sportgerichtsbarkeit: „Ein strenges Vorgehen gegen Döpingsünder durch die Strafverfolgung schließt nicht aus, dass die Sportverbände wie bisher auch durch eigene Sanktionen im Rahmen ihrer Sportgerichtsbarkeit ahnden.“ (K110)